

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 129

16. Oktober

1916

Bekanntmachung

betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen. Vom 5. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. Seite 327) im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 694) folgende Verordnung erlassen:

Die Fristen für die Vornahme einer Handlung, deren es zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts oder des Scheckrechts aus dem Scheck bedarf, werden, soweit sie nicht am 31. Juli 1914 abgelaufen waren, für die in Elsaß-Lothringen zahlbaren Wechsel oder Schecks in der Weise verlängert, daß sie mit dem 31. Januar 1917 ablaufen, sofern sich nicht aus anderen Vorschriften ein späterer Ablauf ergibt.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die Frist, innerhalb deren nach den gesetzlichen Vorschriften der Regreßpflichtige von der Nichtzahlung des Wechsels oder Schecks zu benachrichtigen ist.

Berlin, den 5. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über die Einfuhr von Fischen und die Zubereitung von Fischen. Vom 30. September 1916.

Auf Grund des § 3 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) wird folgendes bestimmt:

Die Vorschriften der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 6. April, 18. Juni und 23. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 238, 530, 949) werden auf alle Fische, mit Ausnahme von frischen (lebenden und nicht lebenden) Fischen und auf Zubereitungen von Fischen ausgedehnt.

Berlin, den 30. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Anordnungen

zur Bekanntmachung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1069).

Auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1069) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 402) werden für die Lieferung von trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl, sowie feuchter Kartoffelstärke an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft folgende Bedingungen festgesetzt:

I. Preise.

Für die der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft gelieferten Erzeugnisse erhält der Stärkehersteller einen Abschlagspreis. Der Abschlagspreis wird vom Ausschuß der Gesellschaft mit Zustimmung des Reichskanzlers festgesetzt. Maßgebend für die Berechnung ist bei Versendung mit der Eisenbahn das Datum des Abnahmestempels, bei anderen Versendungen das Datum der Frachtkunde. Der Abschlagspreis ist spätestens innerhalb zwei Wochen von diesem Datum ab zu zahlen.

Als Restzahlung erhält der Stärkehersteller 0,50 Mark für 100 Kilogramm brutto der abgelieferten Mengen nach Fertigstellung des jeweiligen Jahresabschlusses. Diese Restzahlung wird entsprechend ermäßigt, wenn die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft den Trocknern eine geringere Nachzahlung als 0,50 M. für 100 Kilogramm gewährt.

II. Beschaffenheit.

a) Die Preise für trockene Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl gelten für Erzeugnisse, die auf den ersten Wurf gewonnen sind und regelmäßigen Ansprüchen an Reinheit, Farbe und Beschaffenheit genügen. Die Erzeugnisse müssen frei von Chlor und technisch säurefrei sein und dürfen nicht mehr als 20 vom Hundert Feuchtigkeit enthalten. Jede Lieferung muß in sich gleichmäßig ausfallen.

b) Bei Ablieferung von Ware von geringerer Beschaffenheit können die Geschäftsführer der Gesellschaft Preisabzüge fest-

setzen. Bei nicht zur Brotbereitung geeigneter Ware muß dieser Abzug mindestens 2 Mark für 100 Kilogramm betragen. Wegen der Entscheidung der Geschäftsführer kann der Hersteller binnen einer Frist von drei Tagen die Sachverständigenkommission der Gesellschaft anrufen. Die Entscheidung der Kommission ist für die Parteien bindend.

c) Die Bestimmungen hinsichtlich der Beschaffenheit und der Preise der feuchten Stärke werden von den Geschäftsführern der Gesellschaft getroffen. Im Streitfalle entscheidet der Ausschuß der Gesellschaft endgültig.

III. Lieferung.

Die Lieferung hat entsprechend den Anweisungen der Gesellschaft zu erfolgen.

Der Hersteller ist verpflichtet, die Anweisungen der Gesellschaft nach Fertigstellung von je 100 Doppelsentnern einzuholen. Die Lieferung hat frei Wagon der nächsten Eisenbahnstation des Herstellers zu erfolgen.

Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl sind, zu 100 Kilogramm oder 75 Kilogramm (brutto) gefaßt, in einwandfreien Säcken zu liefern. Für eine und dieselbe Wagenladung dürfen nur Packungen gleichen Inhalts, das heißt von 100 Kilogramm oder von 75 Kilogramm, Verwendung finden. Die Verladung hat in geschlossenen oder in offenen, mit einer Decke versehenen Wagen zu erfolgen.

IV. Auskunftspflicht.

Der Hersteller ist verpflichtet, regelmäßig zu den von den Geschäftsführern der Gesellschaft zu bestimmenden Zeitpunkten den Geschäftsführern Angaben darüber zu machen, welche Mengen an Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl von ihm hergestellt und inwieweit sie von ihm verbraucht oder auf Lager genommen sind. Der Hersteller ist nicht verpflichtet, Auskunft über die innere Bernaltung und den technischen Betrieb zu geben.

V.

Die Anordnungen vom 17. September 1915 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 382) werden aufgehoben.

Berlin, den 28. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes
J. B. von Braun.

Auf Grund des § 11 der Verordnung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1069) und des § 31 des Gesellschaftsvertrags der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft in Verbindung mit § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) bestimme ich, daß die Ausnahmebestimmungen des § 31 des Gesellschaftsvertrags bis zur Außerkräftsetzung weiter zu gelten haben.

Berlin, den 28. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes.
J. B. von Braun.

Bekanntmachung

zur Ergänzung der Bekanntmachung von Uebergangsvorschriften vom 5. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 998) zur Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755), vom 3. Oktober 1916.

Auf Grund des § 40 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird verordnet:

Artikel I. Der § 1 Abs. 1 der Bekanntmachung von Uebergangsvorschriften vom 5. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 998) zur Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755) erhält folgenden Zusatz:

„Die Güter, deren Ueberlassung hiernach verlangt wird, ist auch nach dem 15. Oktober 1916 an die die Ueberlassung verlangende Stelle oder nach deren Anweisung zu liefern.“

Artikel II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 3. Oktober 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes.
von Döcker.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Anordnung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Gießen, den 11. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.